

Kassel, 07.09.2009

Beschluss der Stadtverordnetenversammlung

Bericht des Ausschusses zur Einsicht der Akten des Magistrats betr. "Flughafen Kassel-Calden"

Berichterstatter des Ausschusses: Stadtverordnetenvorsteher Kaiser

Bericht Akteneinsichtsausschusses "Flughafen Kassel-Calden"

Aufgrund des Antrages der Fraktion Kasseler Linke.ASG vom 26. Mai 2008 beschloss die Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am 16. Juni 2008 einstimmig bei Enthaltung der Fraktionen SPD, CDU, FDP und dem Stadtverordneten Häfner, einen Akteneinsichtsausschuss betr. „Flughafen Kassel-Calden“ zum Zwecke der Feststellung der Kostenentwicklung, -beteiligung, -belastung der Stadt Kassel mit acht Mitgliedern zu bilden.

Der Ausschuss konstituierte sich in öffentlicher Sitzung am 19. August 2008. Am 27. August 2008 wurde mit der Einsicht der Akten in nicht öffentlicher Sitzung begonnen. Die Fortsetzung der nicht öffentlichen Akteneinsicht erfolgte am 28. Oktober 2008, 05. Februar und 15. Juni 2009.

Im Rahmen der Festlegung, welche Akten vom Magistrat vorgelegt werden, erklärte Stadtkämmerer Dr. Barthel, dass nach Auskunft des Innenministeriums des Landes Hessen gegen die Einsicht in Unterlagen, die die Aufsichtsratsmitglieder der Gesellschaft betreffen keine Bedenken bestünden. Des Weiteren führte er aus, dass nach der Rechtsprechung des VGH Kassel nur in „abgeschlossene Angelegenheiten“ des Magistrats Einsicht gewährt werden soll. Daher wurde zunächst der Vorschlag des Magistrats von den Mitgliedern des Ausschusses akzeptiert, dass sich die Tätigkeit des Ausschusses ausschließlich auf den im Beschluss festgelegten Zweck erstreckt. Damit waren die Unterlagen des laufenden Planfeststellungsverfahrens nicht im Auftrag erfasst.

Der Ausschuss hat dem zu Folge zunächst auszugsweise in die Unterlagen bzw. Akten

- Beschlussfassung Ausbau (1999),
- Aktuelle Verträge und Vereinbarungen zur Finanzierung zwischen den Gesellschaftern,
- Wirtschaftspläne und Jahresabschlüsse ab Veranschlagung der Haushaltsmittel für den Ausbau bis heute sowie die Beschlussfassungen hierzu,
- Protokolle der Gesellschafterversammlungen, soweit sie Beschlüsse zu allgemeinen finanziellen Fragen behandeln,
- Protokolle der AG Controlling, soweit sie Beschlüsse zu allgemeinen finanziellen Fragen behandeln,

- Protokolle der Aufsichtsratssitzungen, soweit sie Beschlüsse zu allgemeinen finanziellen Fragen behandeln,
- Protokolle Referentensitzung, soweit sie Beschlüsse zu allgemeinen finanziellen Fragen behandeln

Einsicht genommen.

Des Weiteren wurde vereinbart, dass, sollte der Ausschuss den Eindruck haben, die vorgelegten Unterlagen seien nicht ausreichend, im jeweiligen Einzelfall zu prüfen sei, in wie weit Unterlagen erläutert bzw. weiter nachgereicht werden könnten.

In den Sitzungen des Ausschusses wurden die eingereichten Anfragen der Fraktion Kasseler Linke.ASG durch Stadtkämmerer Dr. Barthel beantwortet und zum Teil weitere begründende oder gewünschte Unterlagen im Rahmen der oben genannten Möglichkeiten nachgereicht.

Festzustellen ist ferner, dass der Ausschuss nur Zugriff auf Unterlagen des Magistrats bzw. der städtischen Aufsichtsratsmitglieder hatte und auf keinerlei Unterlagen der Flughafengesellschaft zurückgreifen durfte.

Der Magistrat hat ansonsten versichert, dass dies der vollständige Bestand an Akten und Unterlagen war.

Die Mitglieder des Akteneinsichtsausschusses sind übereinstimmend zu folgenden Ergebnissen gekommen:

1. Die in den Akten befindlichen vorhandenen Kalkulationen, die von der Flughafengesellschaft erstellt und in den Gremien der Flughafengesellschaft diskutiert und beschlossen wurden, bezogen sich auf Datengrundlagen aus dem Jahre 2004.
2. Weitere, davon abweichende Kalkulationen waren in den zur Verfügung gestellten Akten nicht vorhanden. Es fanden sich auch keine Hinweise darauf, dass abweichende Kalkulationen oder Berechnungen erstellt wurden.
3. In den Unterlagen des Magistrats konnten keine Hinweise darauf gefunden werden, dass gesetzliche Änderungen nach diesem Jahr, die Auswirkungen auf die Kosten haben könnten, mit berücksichtigt sind. Auch Hinweise in Form von möglichen weiteren Belastungen durch zusätzlich oder ergänzende Anforderungen an das Gesamtprojekt, die nach 2004 bekannt wurden, haben bisher zu keinen Veränderungen der Kalkulation durch die Flughafengesellschaft gegenüber ihren Gesellschaftern bzw. Gesellschafterinnen geführt.
4. Bisher erfolgten erhebliche Mittelabflüsse (Auszahlungen der Stadt) zum Teil nur aufgrund eines Anschreibens ohne weitere Begründungen.

Der Bericht des Vorsitzenden des Akteneinsichtsausschusses, Stadtverordnetenvorsteher Kaiser, wird zur Kenntnis genommen.

Jürgen Kaiser
Stadtverordnetenvorsteher

Heidi Woelk
Schriftführerin